

# Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXX/105

6. Juni 1975

Strategie der Reaktion

Was die Union unter "geistiger Auseinandersetzung" versteht

Von Karl Liedtke MdB  
Vorsitzender des Arbeitskreises Inneres der SPD-  
Bundestagsfraktion

Seite 1 und 2 / 75 Zeilen

Ein Bumerang für die CDU

Zu Kaltenbachs 13 Thesen zum Rentenanwartschafts-  
Splitting

Von Eugen Glombig MdB  
Vorsitzender des Arbeitskreises Sozialpolitik der  
SPD-Bundestagsfraktion

Seite 3 / 42 Zeilen

Entwicklungs-Zusammenarbeit in angemessener Dimension

Zur Klausurreizung des Kabinetts über Probleme der  
Dritten Welt

Von Erwin Stahl MdB  
Entwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestags-  
fraktion

Seite 4 / 27 Zeilen

Vertrauen ist gut!

Die verbesserte Rechtsstellung der Bundeswehr-Ver-  
trauensmänner

Von Helmut Möring MdB  
Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Seite 5 bis 7 / 99 Zeilen

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5000 Bonn 12, Heussallee 2-10  
Postfach: 120 408  
Pressehaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 60 37 - 38  
Telek: 08 66 946 - 46 ppbn d

### Strategie der Reaktion

Was die Union unter "geistiger Auseinandersetzung" versteht

Von Karl Liedtke MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Inneres der SPD-Bundestagsfraktion

Die Bundesregierungen der sozialliberalen Koalition haben für die Innere Sicherheit mehr getan als jede Bundesregierung zuvor. Da die Verantwortung für die Innere Sicherheit auf Bund und Länder verteilt ist - in den Bereich der Länder fällt insbesondere die Polizei - sind die bisherigen Gesetze und Maßnahmen zur Inneren Sicherheit nicht nur zwischen Bund und Ländern, sondern auch zwischen Koalition und Opposition grundsätzlich einvernehmlich verabredet worden.

Dessen ungeachtet ist die Innere Sicherheit seit 1969 Gegenstand heftiger politischer Kontroversen. Der Terrorismus bildet dabei nur den vorläufigen Höhepunkt der Auseinandersetzung. Geht man der Sache nach, ist eindeutiger Grund dafür das, was die Opposition als "geistige Auseinandersetzung" bezeichnet. Geister und Ungeister wurden und werden von ihr beschworen, um das Volk das Fürchten zu lehren. Franz Josef Strauß nennt es heute den "Dunstkreis der neuen Linken", Helmut Kohl den "intellektuellen Sumpf". Die Terroristen sind dabei nur Vorwand, nicht Ursache für die Forderung nach "Auströcknung des Sumpfes" (Kohl) und die Beseitigung der "geistigen Konfusion und moralischen Perversion" (Strauß). Dunstkreis und Sumpf werden jeweils nur vage umschrieben, um beliebig viele oder wenige - Verfassungsfeinde und Demokraten - dazurechnen zu können. Gemeint ist letztlich, daß der Union "die ganze Richtung" nicht paßt. Wie anders soll man es z.B. auch verstehen, wenn Kohl und andere zusätzlich konstatieren: "Außerdem muß das geistige Klima in unserem Lande anders werden" (Bildzeitung vom 12. März 1975).

Die Diffamierung ist vor allem gegen die sozialliberale Koalition gerichtet und wird nicht nur am Thema "Innere Sicherheit" aufgehängt:

- Die sozialliberale Koalition wird verdächtigt, nicht nur den Schutz der Bürger vor Verbrechen zu vernachlässigen, sie wird vielmehr insbesondere diffamiert, den geistigen Boden (sprich: "Dunstkreis", "intellektuellen Sumpf") für politisch motivierte Straftaten vorbereitet zu haben.

- Die sozialliberale Koalition wurde und wird in der Ost- und Deutschlandpolitik verdächtigt, "Kumpansai" mit den Kommunisten zu betreiben und deutsche Interessen zu verraten.

- Die sozialliberale Koalition wird verdächtigt, wegen einer "inhärenten" Schwäche nicht in der Lage zu sein, Verfassungsfeinde vom öffentlichen Dienst fernzuhalten.

- Der sozialliberalen Koalition wird unterstellt, sie höhle die Verfassung und damit unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung mit Reformvorhaben aus.

Es ist andererseits unschwer erkennbar, daß die Unions-Parteien mit dieser "geistigen Auseinandersetzung" CDU und CSU geistige Korsettaten-

gen für ihren Zusammenhalt einziehen wollen, da politische Sachprogramme fehlen, die das bewirken könnten. Jetzt blasen die Unions-Parteien erneut zur geistigen Sammlung. Sie wittern angesichts weltwirtschaftlicher Entwicklungen die Chance, Staat, Gesellschaft und Wirtschaft in die Rolle einweisen zu können, die ihrem politischen Weltbild entspricht. Forderungen nach Demokratisierung werden im Munde von Unions-Politikern zu alternativen Fragen nach "Freiheit oder Sozialismus, Person oder Kollektiv". Sozialdemokraten, die solche Forderungen nach Demokratisierung erheben, sind immer in Gefahr, in eine angebliche "Volksfront" eingereiht zu werden, die unsere Grundfesten der Demokratie zu zerstören beabsichtigt.

Selbstverständlich muß - darüber besteht kein Zweifel - die geistige Auseinandersetzung auch mit den Verfassungsfeinden, den Predigern der Gewalt und ihren Sympathisanten gesucht werden. Die SPD ist dieser Auseinandersetzung nie ausgewichen, sie führt sie mit Nachdruck. Was die CDU dazu beiträgt, ist jedoch mehr als kläglich, ja sogar gefährlich. Die Unions-Parteien versagen in der geistigen Auseinandersetzung, weil sie die Verantwortung für den Terrorismus und für die Existenz von Verfassungsfeinden allgemein ausschließlich bei den anderen demokratischen Parteien dieses Landes suchen, sich gleichzeitig aber selbst von jeder Verantwortung freisprechen. Sie versagen, weil sie unter Umgehung geschichtlicher und gesellschaftspolitischer Probleme, die nicht nur in der Bundesrepublik sichtbar werden, differenzieren und nicht aufklären und argumentieren. Sie versagen, weil es nicht in ihrer Strategie liegt, zu differenzieren: Linksintellektuelle, Verfassungsfeinde und Verbrecher werden in einen Topf geworfen.

Das, was die Union betreibt, ist in Wahrheit keine geistige Auseinandersetzung, die diese Bezeichnung verdiente. Es muß Schluß damit sein, daß die Union schlichtes Pharisäertum, reformpolitische Abstinenz, das Streben nach Regierungsmacht mit Mitteln der Diffamierung, den geistigen Kitt für den Zusammenhalt von CDU und CSU mangels Sachprogrammen - und anderes mehr - unter die anspruchsvolle Forderung nach "geistiger Auseinandersetzung" in unserem Lande zu bringen versucht.

(-/6.6.1975/bgy/pr)

+ + +

Ein Bumerang für die CDU  
-----

Zu Kaltenbachs 13 Thesen zum Rentenanwartschafts-Splitting

Von Eugen Glombig MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Sozialpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Zwischen zwei Anhörungen des Rechtsausschusses zum Versorgungsausgleich vollzog sich ein sehr bemerkenswerter Vorgang auf der Bonner politischen Bühne: Helmut Kaltenbach, seines Zeichens Direktor der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, veröffentlichte 13 Thesen zum Rentenanwartschafts-Splitting, und zwar nachdem er sich vor dem zuständigen Bundestagsausschuß zu dieser Thematik geäußert hatte. Das Resümee seiner Überlegungen ist im Untertitel der Broschüre festgehalten: Kein Weg zur eigenständigen sozialen Sicherung der Frau.

Es ist keineswegs neu und nicht grundsätzlich abzulehnen, wenn sich ein Fachmann in öffentliche Diskussionen zu anstehenden gesetzlichen Neuregelungen einschaltet. Hier indessen scheint der Fall etwas anders gelagert zu sein. Eine im Auftrag der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte herausgegebene Broschüre verfolgt offensichtlich das Ziel, die Regierungsvorlage zum Versorgungsausgleich - eine der fünf Säulen der Eheerrechtsreform - zu Fall zu bringen. Dazu dient dem Autor aber pikanterweise das Modell der von der CDU propagierten Partnerrente, wonach die Anrechte auf Altersversorgung auf beide Ehepartner aufgeteilt werden sollen. Die Kaltenbachsche Meinung hierzu lautet kurz und bündig: "Schützt Deutschlands Ehen vor dem Rentenanwartschafts-Splitting!"

Eine Broschüre aber, die letztendlich aus dem Beitragsaufkommen zur Angestelltenversicherung finanziert wurde, um unverbrämt eine bessere Altersversorgung des sozial schwächeren Ehepartners im Scheidungsfall zu verhindern, ist wohl in erster Linie ein Fall, mit dem sich die Selbstverwaltungsorgane der Bundesversicherungsanstalt zu befassen haben. Daß hierbei massiv die CDU-Konzeption einer Partnerrente attackiert wurde, damit mag sich die CDU-Opposition im Deutschen Bundestag auseinandersetzen. In diesem Punkt der Kritik steht Kaltenbach nicht allein: Sozialdemokratische Sozialpolitiker haben immer wieder darauf hingewiesen, wie wenig durchdacht die modellhaften Überlegungen des rheinland-pfälzischen Sozialministers Heinrich Geiseler sind, um eine praktikable und sozial gerechtere Hinterbliebenenversorgung zu erreichen.

Ein erster Schritt in diese Richtung wird mit dem Versorgungsausgleich angestrebt, wie er in der Regierungsvorlage des Ersten Eheerrechtsreformgesetzes entwickelt und vom mitberatenden Bundestagsausschuß für Arbeit und Sozialordnung inzwischen wesentlich verbessert wurde. Die verflochtene Argumentation ist deutlich: Wird es abgelehnt, für die relativ kleine Geschiedensgruppe die während der Ehe erworbenen Rentenanwartschaften aufzuteilen, dann löst sich das Prinzip der Rentenaufteilung überhaupt nicht auf den Kreis der intakten Ehen ausdehnen.

Wer also den Versorgungsausgleich der SPD/FDP-Koalition verhindern will, hat damit zugleich das Todesurteil über die Partnerrente der CDU gesprochen.  
(-/6.6.1975/bgy/pr)

+ + +

## Entwicklungs-Zusammenarbeit in angemessener Dimension

Zur Klausursitzung des Kabinetts über Probleme der Dritten Welt

Von Erwin Stahl MdB

Entwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Am kommenden Montag wird das Bundeskabinett in einer ganztägigen Klausursitzung über die bisherige und künftige Politik der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern beraten. Dieses Treffen, in dem erstmals unsere Beziehungen zur Dritten Welt so ausführlich im Kabinett erörtert werden, dient einer Gesamtaufnahme dieses Bereiches unserer Politik angesichts einer zunehmenden Bedeutung der Dritten Welt und des sich in letzter Zeit verschärfenden Nord-Süd-Konfliktes.

Trotz wachsender Differenzierung der Probleme auch in den Entwicklungsländern ist die Solidarität der Entwicklungsländer gegenüber den Industriestaaten nicht zu übersehen. Die Zusammenarbeit mit der Dritten Welt wird deshalb auch weiterhin Teil unserer Gesamtpolitik sein und - wie in der Vergangenheit - zum Abbau internationaler Konfrontation beitragen müssen. Dabei wird und kann die Entwicklungspolitik im weiteren Sinne eine besondere Rolle spielen: die Förderung der Eigenleistungen der Entwicklungsländer, die Gewährung weiterer handelspolitischer Vergünstigungen, die Anpassung unserer Wirtschaftsstruktur an die Folgen vermehrter Einfuhren aus der Dritten Welt.

Unsere Schwerpunkte bei der Entwicklungspolitik im engeren Sinne sollten noch mehr als bisher auf die Hilfe für die ärmsten Entwicklungsländer, auf die ländliche Entwicklung, die Schaffung von Arbeitsplätzen und bevölkerungspolitische Maßnahmen abgestimmt werden.

Die Klausurtagung der Bundesregierung zeigt, daß die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit den Problemen der Dritten Welt erkannt ist, und daß sie die Interdependenz zwischen allen Teilen der Welt nicht außer acht läßt. Die Entwicklungsländer sind auf unsere Hilfe ebenso angewiesen wie wir langfristig auf ihr Wohlergehen. Die Entwicklungspolitik hat mit dieser Tagung eine neue - und ich glaube angemessene - Dimension erhalten. (-/6.61975/pr/fr)

+ + +

### Vertrauen ist gut!

Die verbesserte Rechtsstellung der Bundeswehr-Vertrauensmänner

Von Helmuth Mähring MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Abgeordnete werden bei Truppenbesuchen häufig gefragt, wann denn nun der Vertrauensmann endlich ausreichend demokratische Rechte bekäme. Diese so pauschale Forderung gibt mir, dem Mitberichterstatler bei der Neufassung von Vertrauensmänner-Rechten, die Gelegenheit, einige bereits jetzt göltige Verbesserungen zu verdeutlichen. Es handelt sich um Veränderungen sowohl des Soldatengesetzes, als auch des Vertrauensmänner-Wahlgesetzes.

Schon Anfang 1974 legte der Bundesminister der Verteidigung einen Entwurf zur Novellierung beider Gesetze vor. Jedoch erst nach mehr als einem Jahr verabschiedete sie der Bundestag endgültig. Diese Verzögerung war von uns gewollt. Die Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen der SPD-Bundestagsfraktion startete zwischenzeitlich eine Befragungskaktion in der Truppe nach dem Motto: "Wie hätten Sie es denn gern?" Und das Echo kam unerwartet: Hunderte von Verbesserungsvorschlägen des bisherigen Katalogs über die Rechte und Pflichten des Vertrauensmannes gingen bei den Abgeordneten ein. Sie waren Arbeitsgrundlage bei der Beratung der Gesetzesvorlagen.

Dabei reichten Forderungen vom einfachen Wunsch nach besserer Vorbereitung des Vertrauensmannes auf seine künftigen Aufgaben bis hin zur totalen Demokratisierung der Armee und der 40-Stunden-Woche für die Kampftruppen. Viele Wünsche mußten im Verlauf der Beratung auf ein realisierbares Maß zurückgeschnitten werden. Sie waren uns aber wertvolle Denkanstöße.

Bei den Neuerungen, die Ende April 1975 endgültig Gesetzeskraft erlangt haben, handelt es sich (auszugewieses) um folgende:

Auch in selbständigen Zügen und Teileinheiten, deren Führer Disziplinergewalt haben, sind Vertrauensmänner zu wählen. In keiner Phase seiner

Dienstzeit soll der Soldat ohne seinen Vertrauensmann sein. Daher wählen nun die Soldaten in der Grundausbildung und auf Lehrgängen ohne Rücksicht auf die Dauer ihrer Zugehörigkeit. Um jede erschwerende Bürokratie zu verhindern, geschieht dies in einem vereinfachten Wahlverfahren.

Der Vertrauensmann wird künftig nicht mehr durch den Disziplinarvorgesetzten nur angehört, er hat jetzt das Vorschlagsrecht in Fragen des inneren Dienstbetriebes (ein sehr weitgehender Begriff!), der Fürsorge, der Berufsförderung und des außerdienstlichen Gemeinschaftslebens. Er muß die Gelegenheit erhalten, während des Dienstes innerhalb dienstlicher Unterkünfte und Anlagen Sprechstunden durchführen zu können.

Kommandeure führen mindestens vierteljährlich eine gemeinsame Besprechung mit Disziplinarvorgesetzten und Vertrauensmännern ihres Bereichs über allgemein interessierende Fragen durch. Soldaten in Behörden und Dienststellen wählen nun ihre Vertretungen nach den Bestimmungen des Bundes-Personalvertretungs-Gesetzes! Sie sind in diesem Sinne eine echte Gruppe geworden und erhalten die gleichen Anteile. Diese Vertreter können auch, falls erforderlich, für Angehörige ihrer Dienstgradgruppe als Vertrauensmann tätig werden.

In einer besonderen Vorschrift des Bundesministers der Verteidigung werden alle neuen Rechte und Pflichten, die nicht in das Gesetz hineingeschrieben werden konnten, aufgelistet und ihre sinnvolle Praktizierung erläutert. Sie ersetzt die bisherigen Informationsbriefe für Kommandeure in Fragen des Vertrauensmannes und soll schon bald der Truppe zugeleitet werden. Damit erhalten Vertrauensmänner und Vorgesetzte brauchbare Unterlagen für den Alltags-Truppenbetrieb. In dieser Vorschrift wird auch bestimmt, daß der Vertrauensmann angemessen in Kantinen-, Küchen- und Wohnungsausschüssen zu beteiligen ist.

Der Bundesminister der Verteidigung hat außerdem sicherzustellen, daß in großen Einheiten, in denen die Arbeit des Vertrauensmannes in bezug auf die Personenkenntnis erschwert ist, Zugsprecher zur Unterstützung des Vertrauensmannes herangezogen werden können. Abberufen werden kann der Vertrauensmann durch ein Urteil des Truppendienstge-

richtes. Den Antrag können stellen: mindestens ein Viertel seiner Wählergruppe, sein Disziplinarvorgesetzter oder sein nächsthöherer Disziplinarvorgesetzter. Der Antrag kann gestellt werden a) wegen grober Verletzung seiner gesetzlichen Befugnisse, b) wegen grober Verletzung seiner gesetzlichen Pflichten, aber c) auch wegen seines sonstigen Verhaltens, das geeignet ist, die verantwortungsvolle Zusammenarbeit zwischen Vorgesetzten und Untergebenen oder das kameradchaftliche Vertrauen innerhalb des Bereichs, für den er gewählt ist, ernsthaft zu beeinträchtigen.

Der Bundesminister der Verteidigung wird auch eine sog. "Fall-sammlung" in Loseblattform erarbeiten, um Vertrauensmann und Vorgesetzten ständig aktuelle Hinweise zur Verbesserung der Zusammenarbeit an die Hand zu geben. Eine weitergehende Demokratisierung der Streitkräfte konnte im Zusammenhang mit diesen Novellen nicht diskutiert werden, obwohl die Gewerkschaft ÖTV - Fachgruppe Soldaten - dazu ein interessantes "Kontrast-Programm" erarbeitet hatte. Die Koalitionsfraktionen haben bei der Beratung betont, daß diese gewerkschaftlichen Vorstellungen Eingang in ihre weiteren Überlegungen finden werden. Dabei ist allerdings schon jetzt klar geworden, daß diese Mitwirkung des Vertrauensmannes immer nur analog zur horizontalen Gliederung der Truppe erfolgen kann. Eine vertikale Vertrauensmänner-Organisation, wie sie in mancher Forderung enthalten ist, würde die gesetzlich zugedachte Aufgabenstellung sprengen.

Vorerst gilt es nun, diese neuen gesetzlich abgesicherten Verbesserungen in die Alltagspraxis umzusetzen und dabei Erfahrungen zu sammeln. Dazu bedarf es sicher nicht nur guter Gesetze, dazu bedarf es in erster Linie aufgeschlossener und zur Verwirklichung dieser Neuerungen bereiter Vorgesetzter und Vertrauensmänner.

(-/6.6.1975/bgy/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Freller